Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 47 (1968)
Heft: 5

Artikel: Die amerikanische Herausforderung
Autor: Hardmeier, Benno
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-347370

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dr. Benno Hardmeier

Die amerikanische Herausforderung

Das Buch, das diesen Titel trägt, macht gegenwärtig Furore. Es ist zum Bestseller geworden. Der Autor ist ein renommierter französischer Publizist: Jean-Jacques Servan-Schreiber, Herausgeber der Wochenzeitung «L'Express». Der Erfolg dieses Buches hängt mit der journalistisch geschickten und suggestiven Präsentation zusammen, aber ebensosehr mit der ungaullistischen, von antiamerikanischen Ressentiments freien Darstellung des Vordringens amerikanischer Unternehmungen auf dem europäischen Markt. Der Autor klagt nicht die Amerikaner an, sondern vielmehr die Europäer. Die europäische Industrie hat die Chance des grossen EWG-Marktes verpasst. Dafür nutzen amerikanische Firmen die in Europa sich bietenden Möglichkeiten. Servan-Schreiber hält den europäischen Regierungen und Wirtschaftsführern einen Spiegel hin. Er möchte, dass sie von den amerikanischen Verhaltensweisen lernen.

Die Tatsachen

Seit der Gründung der Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Freihandelszone (EFTA) gingen immer mehr amerikanische Firmen dazu über, in Westeuropa Tochtergesellschaften zu errichten oder bestehende Unternehmungen aufzukaufen. Zahlreiche Beispiele – auch unser Land betreffend – liessen sich anführen. Die amerikanischen Investitionen in Europa haben ein beträchtliches Volumen angenommen. Eine Studie der Europäischen Wirtschaftskommission der UNO beziffert die privaten amerikanischen Direktinvestitionen in Westeuropa von 1963 bis 1966 im Jahresdurchschnitt auf 1384 Millionen Dollar, wozu noch 434 Millionen reinvestierte Gewinne kommen. Diese Zahlen, so eindrucksvoll sie an sich schon sind, gewinnen noch durch die Tatsache an Gewicht, dass sich die amerikanischen Kapitalanlagen in Europa auf die wichtigsten, auf die besonders expansiven und technologisch interessanten Wirtschaftszweige konzentrieren: elektronische und chemische Industrie, Autobranche, Erdölindustrie. Treffend schreibt Servan-Schreiber: «Frappierend ist der geradezu strategische Charakter der Infiltration der amerikanischen Industrie. Sie sucht sich nacheinander gerade jene Sektoren der Wirtschaft aus, die technologisch besonders weit entwickelt sind und einen rapiden Modernisierungsrhythmus sowie eine starke Wachstumsquote aufweisen.» (S. 35) In seinem Buch über «Amerika auf dem Europamarkt» stellt Rainer Hellmann fest: «In einzelnen Sektoren, insbesondere der Erdölindustrie, der Automobilindustrie und der Elektronik, nehmen die USA eine wirtschaftlich sehr starke Stellung in der EWG ein.» Aber obwohl die Investitionen amerikanischer Gesellschaften in der EWG etwa sechs bis sieben Prozent

des jährlichen Investitionsaufwandes der verarbeitenden Industrie (inklusive Erdöl) ausmachen, treffe es nicht zu, dass die USA-Betriebe die europäische Wirtschaft beherrschen. «Sie sind auch nicht im Begriff, einer solchen Herrschaft nahezukommen.» (S. 193) Diese sachliche Feststellung gilt es zu unterstreichen, weil in jüngster Zeit – und wohl nicht zuletzt unter dem Einfluss des Buches von Servan-Schreiber – allzu oft direkt von einer wirtschaftlichen Unterwanderung Europas durch die USA die Rede ist. Europa ist weder politisch noch wirtschaftlich auf eine amerikanische Satellitenstellung abgesunken.

Was die amerikanischen Unternehmungen den europäischen voraus haben

Der Vormarsch amerikanischer Betriebe und Unternehmungen auf dem europäischen Markt hängt wesentlich mit der Grösse und Dynamik der Muttergesellschaften zusammen. Amerikanische Giganten wie General Motors, IBM, Standard Oil, Du Pont de Nemours und andere verfügen nicht nur über ein finanzielles, sondern auch über ein technisches Übergewicht. Der kapitalmässige Rückhalt mag dabei weniger entscheidend sein als Forschung und Technologie. «Der grössere Umfang der USA-Unternehmen und ihre grössere Kapitalkraft ist einer der Faktoren, der ihren neuerdings erreichten technologischen Vorsprung erklärt: diese Unternehmen können sich viel grössere Ausgaben für Forschung und Entwicklung erlauben als ihre westeuropäischen Konkurrenten.» (Ernest Mandel: Die EWG und die Konkurrenz Europa–Amerika, S. 24.) In den USA hat sich gewissermassen ein magisches Dreieck zwischen Industrie, Universitäten und Staat herausgebildet und bewährt. Der technologische Vorsprung der amerikanischen Industrie beruht nicht zuletzt auf der zum Teil sehr massiven Unterstützung seitens des Staates, wobei militärische Aufträge eine bedeutende Rolle spielen. Deshalb fordert denn auch Servan-Schreiber, dass in Europa der Staat mehr als bisher eine Führungsfunktion zu übernehmen habe. – Befruchtend wirkt die enge Zusammenarbeit zwischen der Hochschulforschung und der Industrie. Personelle Querverbindungen und Doppelfunktionen (etwa wenn ein Manager eines Grossbetriebes zugleich Universitätsprofessor ist) dürften den wechselseitigen Informationsfluss erleichtern.

Viele Kenner der amerikanischen und der europäischen Verhältnisse sehen das vielleicht wichtigste «Handicap» Europas weniger in der Technologie als vielmehr in den Methoden der Unternehmensführung. Auch Servan-Schreiber hebt diesen Aspekt hervor. Er zitiert den ehemaligen amerikanischen Verteidigungsminister Robert McNamara, der erklärt haben soll: «Es handelt sich nicht so sehr um eine technologische Kluft als um eine Lücke im Management, das heisst in der Geschäftsführung. Und wenn so viele europäische Wissenschaftler in die Vereinigten Staaten ab-

wandern, so liegt der Grund hierfür nicht unbedingt nur in unserer fortschrittlicheren Technologie, sondern hauptsächlich in unseren modernen und wirksameren Methoden der Zusammenarbeit (teamwork) im Management.» (S. 94) Servan-Schreiber stellt fest: «Vor dem Hintergrund des industriellen Erfolges der Amerikaner zeichnet sich das Talent ab, Veränderungen zu akzeptieren und hervorzurufen. Der technologische Vorsprung ist die Folge virtuoser Betriebslenkung. Beides ergibt sich aus dem ungeheuren Aufschwung des Erziehungs- und Ausbildungswesens.» (S. 82)

Europa muss wettbewerbsfähig sein

Man wird gewiss nicht alle Thesen und Aussagen von Servan-Schreiber akzeptieren können. Es ist zum Beispiel wohl eher ein Wunsch als eine Tatsache, wenn behauptet wird, mit der Automation ergebe sich die Möglichkeit, «lauter qualifizierte Arbeitskräfte heranzubilden» (S. 234). Auch lässt sich darüber streiten, ob wirklich die älteste Ambition des Sozialismus darin bestehe, «allen Arbeitern einen interessanten Beruf zu verschaffen». Als eigentliches, über das Ökonomische hinausgehendes Ziel des demokratischen Sozialismus wäre viel eher die Überwindung der Selbstentfremdung des Menschen zu nennen. Es ist auch mehr als befremdend, dass Servan-Schreiber, der als Mann der französischen Linken gilt, ausgerechnet Franz Josef Strauss das Vorwort zur deutschen Ausgabe seines Buches hat schreiben lassen. Aber gegen Ziel und Zweck seines Anliegens – die europäische Wirtschaft wettbewerbsfähig zu machen – lässt sich nichts einwenden. Dabei hebt der Autor der «amerikanischen Herausforderung» immer wieder die Notwendigkeit industrieller Zusammenschlüsse auf europäischer Ebene hervor. Denn nach seiner Auffassung können nur grosse europäische Industriekonzerne gegenüber den in Europa aktiven amerikanischen Unternehmungen einen erfolgreichen Konkurrenzkampf führen. Zur Verbesserung und Stärkung der Wettbewerbsstellung der europäischen Wirtschaft schlägt Servan-Schreiber ein Sechs-Punkte-Programm vor:

«1. Schaffung grossser Industriekomplexe, die nicht nur auf Grund ihres Umfangs, sondern durch die Art ihrer Geschäftsführung in der Lage sind, den Kampf mit den amerikanischen Riesen aufzunehmen.

2. Auswahl der ‚grossen Vorhaben' in den Schlüsseltechniken, die Europa auf den wichtigsten Gebieten eine autonome Zukunft sichern.

3. Ein Minimum an Föderalismus als Motor und Garant für die gemeinschaftlichen Unternehmungen.

4. Umgestaltung der Assoziationsmethoden, der Zusammenarbeit zwischen Industrieunternehmen, Universität und Staat.

5. Intensivere und umfassende Erziehung der Jugend, ständige Weiterbildung der Erwachsenen.

6. Schliesslich, und davon hängt alles übrige ab, Befreiung der in ver-

alteten Strukturen gefesselten Energien durch einen grundlegenden Wandel in den Organisationstechniken. Ein Wandel, der die Erneuerung der Eliten und der sozialen Beziehungen nach sich ziehen muss.» (S. 166)

In Europa ist vieles im Gange

Als notwendiger Ansporn zur eigenen Leistungssteigerung mag Europa eine Herausforderung, sei sie eine amerikanische oder eine andere, brauchen. Sicher ist jedoch, dass die wirtschaftlichen Strukturen Europas in Bewegung geraten sind. Es wurden in jüngster Zeit nicht nur namhafte europäische Unternehmungen von amerikanischen Firmen übernommen (beispielsweise Machines Bull durch General Electric). In Europa kommt es laufend zu wichtigen Zusammenschlüssen, in der Fotobranche zum Beispiel zwischen Gevaert (Belgien) und Agfa (Deutschland), in der Eisen- und Stahlindustrie zwischen Hoogovens Ijmuiden (Holland), Dortmund-Hörder-Hüttenunion und Hoesch (BRD), in der Autoindustrie zwischen NSU und Citroën. Noch zahlreicher dürften die Fusionen und Zusammenarbeitsvereinbarungen auf nationaler Ebene sein. In der Schweiz ist diese Entwicklung, die eine tiefgreifende und notwendige Strukturänderung darstellt, nicht weniger ausgeprägt als im Ausland. Es sei lediglich an die Zusammenschlüsse zwischen Sulzer und Lokomotivfabrik, zwischen Brown-Boveri und Maschinenfabrik Oerlikon erinnert oder etwa an die vereinbarte Zusammenarbeit zwischen BBC und Sulzer im Bereich der Reaktortechnik. Dabei geht es immer um mögliche Rationalisierungen, besonders aber um die Schaffung besserer Voraussetzungen für eine intensivere Forschung. Zu kleine und finanziell zu schwache Unternehmenseinheiten können forschungsmässig kaum noch auf der Höhe bleiben. Der technologische Fortschritt und der damit verbundene Zwang zu ständig steigender industrieller Forschung dürften bewirken, dass diese Entwicklung noch weiter anhält. In allen westeuropäischen Industriestaaten wird heute die Notwendigkeit grösserer Forschungsanstrengungen – sowohl in der Grundlagen- wie auch in der angewandten Forschung – anerkannt. Dabei geht es nicht ohne vermehrte staatliche Förderung und Leistung. Dass sich die Schweiz, sofern sie sich nicht zur industriellen Provinz degradieren lassen will, diesem Trend nicht entziehen kann, zeigt die gegenwärtig zur Diskussion stehende Hochschulförderungs-Vorlage, wodurch der Bund den Hochschulkantonen zwecks Förderung und Ausbau der Universitäten im Zeitraum von 1969 bis 1974 über eine Milliarde Franken Subventionen zukommen lassen soll.

Soziale Gerechtigkeit

Ob der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und der Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit darf die Gerechtigkeit nicht zu kurz kommen. Servan-Schreiber ist es hoch anzurechnen, dass er diesen entscheiden-

den Gesichtspunkt nicht unberücksichtigt lässt. «Ohne die Einschaltung eines Prinzips der Gerechtigkeit könnte die erstaunliche Expansion dieses Jahrhunderts eine unmenschliche Gesellschaft gebären.» (S. 235) Die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung bliebe letzten Endes nutz- und sinnlos, wenn die soziale Gerechtigkeit darunter zu leiden hätte. Wirtschaft und Technik verändern die Arbeitsplätze, zwingen zu Berufs- und Arbeitsplatzwechsel, erfordern vom arbeitenden Menschen eine gesteigerte Anpassungsfähigkeit und Mobilität. Ohne entsprechende Sicherheiten, die vertraglich oder gesetzlich zu garantieren sind, wäre der soziale Fortschritt in Frage gestellt. Servan-Schreiber geht so weit, die soziale Gerechtigkeit als Voraussetzung der industriellen Dynamik zu bezeichnen. «Denn die Anpassung an den technischen Fortschritt bedingt zwangsläufig Veränderungen in der Stellung der Arbeitnehmer, die mit der Verteilung einiger symbolischer Aktien gar nichts zu tun haben. Sie setzt voraus, dass die Schule allen – und nicht nur einer begünstigten Minderheit – das geistige Rüstzeug für einen oder mehrere Berufs- und Milieuwechsel während des Erwerbslebens mitgibt; dass die Zugangswege zur Kultur und zum beruflichen Aufstieg vervielfacht werden; dass die Unsicherheit des Arbeitsplatzes kompensiert wird durch garantierte Einkünfte auch in Zeiten der Umschulung und Neueingliederung; dass die Wohnungsbaukredite in einer Weise gehandhabt werden, dass Ortswechsel auch für die weniger Bemittelten kein Problem darstellen. Es ist unmöglich, die Wirtschaft ‚beweglich' zu machen, ohne die Arbeiter von Ängsten und Fesseln aller Art – materieller wie geistiger – zu befreien, die neben ihrer persönlichen Entwicklung auch die der Produktion hemmen.» (S. 249)

Gewerkschaftliche Lösungsvorschläge

Die von Servan-Schreiber treffend formulierte Problematik ist von den Gewerkschaften längst erkannt worden. Die amerikanischen Gewerkschaften sehen die Lösung im «garantierten Jahreslohn». Die jüngsten Vertragsabschlüsse bei Chrysler und Ford garantieren den Arbeitern (ab Dezember 1968) praktisch eine Jahresbeschäftigung oder ein Jahreseinkommen. In Westdeutschland hat die Industriegewerkschaft Metall kürzlich den Entwurf zu einem Rationalisierungsschutz-Abkommen ausgearbeitet. Bei innerbetrieblichen Versetzungen sollen Arbeitnehmer, denen keine gleichwertige Arbeit zugewiesen werden kann, bis zu neun Monaten Anspruch auf den Durchschnittsverdienst der letzten vollgearbeiteten 13 Wochen haben. Die Kosten einer allfälligen Umschulung hätten grundsätzlich die Arbeitgeber zu tragen. Sind Entlassungen unvermeidlich, so soll der über dreissigjährige Arbeitnehmer eine Abfindung erhalten. Für jedes Jahr der Betriebszugehörigkeit (vom 30. Lebensjahr an gerechnet) hätte die Abfindungssumme sechs Prozent des letzten Jahreseinkommens zu betragen, im Maximum ein Jahreslohn. Ein qualifizierter Entlassungsschutz wäre für

über 55jährige Arbeitnehmer vorzusehen. Für mehr als 60jährige Arbeitnehmer verlangt die IG Metall in jedem Fall eine Abfindungssumme in Höhe eines Jahreseinkommens. Zur Finanzierung all der vorgeschlagenen Massnahmen hätten die Arbeitgeber jeden Monat 1,5 Prozent der monatlichen Lohn- und Gehaltssumme in eine paritätisch verwaltete Ausgleichskasse zu zahlen.

Eine wissenschaftliche Untersuchung des schwedischen Gewerkschaftsbundes (Trade Unions and Technological Change, herausgegeben und übersetzt von S. D. Anderman) verlangt, dass für die verschiedenen Industriezweige von den Sozialpartnern verwaltete und von den Arbeitgebern finanzierte Industrie-Fonds geschaffen werden sollen. Diese Industrie-Fonds sollen einer möglichst reibungslosen menschlichen und betrieblichen Anpassung an veränderte ökonomische und technologische Verhältnisse ermöglichen. Je nach der Grösse dieser Fonds könnten Mittel für Forschungszwecke, Marktanalysen, Beratungen, Ausbildungs- und Umschulungsprogramme, Abgangsentschädigungen, vorzeitige Pensionierungen eingesetzt werden. Mit dem Anwachsen der Fonds würden auch Ausgaben für weiterreichende Zwecke ermöglicht, zum Beispiel für die Errichtung und Finanzierung gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen. Um die Fonds-Leistungen nicht einseitig an den jeweiligen industriellen Sektor zu binden, wäre es denkbar und angezeigt, bestimmte Summen an einen zentralen Fonds zu transferieren, dessen Mittel und Wirkungskreis sich auf die gesamte Volkswirtschaft erstrecken könnten.

Mobilisierung der Intelligenz und Initiative

Wenn einerseits Servan-Schreibers Forderung nach einer Einkommenspolitik abzulehnen ist, weil dies einen für die Demokratie entscheidenden Bereich verbandlicher Autonomie unterhöhlen würde und zudem einem Verzicht auf die notwendige Umverteilung der Einkommen gleichkäme, so verdient andererseits sein Aufruf nach Mobilisierung der menschlichen Intelligenz und Initiative volle Unterstützung. «Die Freilegung der Initiativen gehört nicht zu den Problemen, von denen in den Wahlprogrammen die Rede zu sein pflegt. Trotzdem ist sie die wichtigste und ausschlaggebendste politische Handlung. Sie kann nicht durchgeführt werden, ohne gewollt zu sein, und damit sie gewollt wird, müssen die Verantwortlichen zunächst selbst die Skepsis ablegen, von der unser Gemeinschaftsleben durchdrungen ist.» (S. 270) Diesem Glauben an den Menschen, an seine schöpferischen Fähigkeiten und Talente entspricht das gesellschaftliche Ziel einer offenen und sozial gerechten Gesellschaft von beweglichen Menschen.